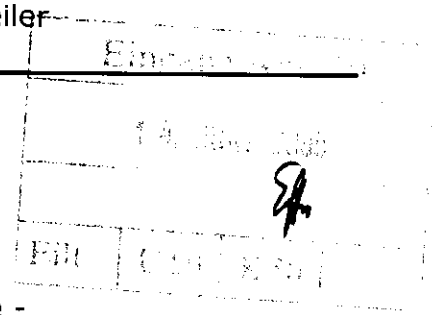
Stadt Eschweiler

Protokolldatum: 23.05.2005

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 28.04.2005, 17.30 Uhr im Raum 7 des Rathauses, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler



Anwesen waren:

a) Ratsmitglieder:

Zollorsch, Agnes	- Vorsitzende -
Löhmann, Stephan	- stellv. Vorsitzende -
Dickmeis, Nicole	
Faschinger, Regina	
Koch, Wilhelm	
Krauthausen, Othmar	
Weißhaupt, Dieter	
Willms, Ralph	

b) Sachkundige Bürger:

Broschk, Willi	
Felber, Ruth	
Frohn, Ilse	
Germann, Gretel	
Mertens, Jacqueline	
Noichl, Michael	(Vertreter für Brüsseler, Herbert)
Schubert, Peter	
Wessels, Dorothea	

c) Sachkundige Einwohner:

Bauer, Peter-Heinz
Becker, Gerd
Gruhn, Ruth
Kaleß, Mariethres
Klinkenberg, Helga
Leuchter, Monika
Müller, Desiree
Pinhammer, Wilfried

d) Verwaltung:

Dederichs, Elisabeth
Effenberg, Winfried
Graaf, Stefan
Jedziny, René - Schriftführer -
Lothmann, Jürgen

e) Gäste:

Frau Trienekens, Verwaltungsmitarbeiterin im Bereich Stadtplanung
Frau Kammann, Büro für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren
Frau Groneberg, Mitarbeiterin Esch-O Betrieb, Eschweiler-Ost

Frau Teeuwen, Leitung Dezentrales Wohnen, Caritas Lebenswelten GmbH
Frau Uphues, Mitarbeiterin Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

A 1) Einführung und Verpflichtung der bisher noch nicht eingeführten Ausschussmitglieder Desiree Müller, Ruth Gruhn und Helga Klinkenberg

A 2) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 18.01.2005; abschriftlich zugestellt am 10.02.2005

A 3) Stadtteilmanagement Soziale Stadt Eschweiler-Ost
Sachstand Bürgeraktivierung / Institutionen
Mündlicher Bericht durch Frau Groneberg und Frau Kammann

A 4) Bericht über die Erfahrungen und die Aufgabenerfüllung der Pflegeberatungsstelle im Kreis Aachen für das Jahr 2004

A 5) Landesseniorenkonferenz NRW
Mündlicher Bericht durch Herrn Becker

A 6) Gegensteuerungsstrategien zur Missbrauchsproblematik in der Sozialhilfe;
Jahresbericht des zentralen Ermittlungsdienstes des Sozialamtes für das Jahr 2004

A 7) Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch Zweites Buch - SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende);
hier: **Mündlicher Sachstandsbericht**

A 8) Anfragen und Mitteilungen

A 8.1) Vorstellung der Thematik „Dezentrales Wohnen", sowie der Kommunikations-, Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit geistiger bzw. mehrfacher Behinderung für Stadt und Kreis Aachen,
Mündlicher Bericht Frau Teeuwen, Caritas Lebenswelten GmbH, Aachen, sowie Frau Uphues, Beratungsstelle

B) Nichtöffentlicher Teil

B 1) Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch Zweites Buch - SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende);
- Mündlicher Sachstandsbericht -

B 2) Anfragen und Mitteilungen

Sitzung:

A) Öffentlicher Teil

Ausschussvorsitzende Zollorsch eröffnet die Sitzung um 17.35 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Seniorenausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Gäste und die örtliche Presse.

Frau Zollorsch stellt die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Seniorenausschusses fest.

Zu Beginn der Sitzung wird die Erweiterung der Tagesordnung mitgeteilt. Unter TOP A 8) - Anfragen und Mitteilungen - wird folgender Punkt zusätzlich mit in die Tagesordnung aufgenommen:

A 8.1) Vorstellung der Thematik „Dezentrales Wohnen", sowie der Kommunikations-, Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit geistiger bzw. mehrfacher Behinderung für Stadt und Kreis Aachen, **Mündlicher Bericht** durch Frau Teeuwen, Caritas Lebenswelten GmbH, Aachen, sowie Frau Uphues, Beratungsstelle, Eschweiler

Frau Kaleß kündigt zusätzlich zu TOP A 8) zwei weitere Anfragen an.

Zu Punkt A 1) der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung der bisher noch nicht eingeführten Ausschussmitglieder Desiree Müller, Ruth Gruhn und Helga Klinkenberg

Durch die Ausschussvorsitzende werden die bisher noch nicht eingeführten Ausschussmitglieder Desiree Müller, Ruth Gruhn und Helga Klinkenberg eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung Ihrer Aufgaben verpflichtet.

Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde."

Der Verpflichtete kann die Erklärung durch religiöse Beteuerung mit den Worten bekräftigen: *„Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe."*

Beteuerungsformeln als Mitglieder anderer Religions- und Bekenntnisgemeinschaften sind zulässig.

Ausschussmitglieder, die dem Rat angehören, wurden bereits in der Ratssitzung am 13.10.2004 eingeführt und verpflichtet.

Zu Punkt A 2) der Tagesordnung

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 18.01.2005, abschriftlich zugestellt am 10.02.2005

Bezüglich der o.a. Niederschrift wird durch Frau Kaleß, Sachkundige Einwohner, darauf hingewiesen, dass sie in der Sitzung des Sozial und Seniorenausschusses am 18.01.2005 nicht teilgenommen hat und durch Frau Anne Kreft, Sachkundige Einwohner, vertreten wurde. In der Anwesenheitsliste der vorgenannten Sitzung hat Frau Kreft unterschrieben; es wurde aber an deren Stelle Frau Kaleß in der Niederschrift mit aufgenommen.

Der Sozial- und Seniorenausschuss genehmigt unter Einbeziehung dieser Ergänzung einstimmig die o.a. Niederschrift.

Zu Punkt A 3) der Tagesordnung

Stadtteilmanagement Soziale Stadt Eschweiler-Ost
Sachstand Bürgeraktivierung / Institutionen
hier: Mündlicher Bericht durch Frau Groneberg, Frau Kammann

Frau Trienekens, Verwaltung, Frau Kammann, Gemeinwesenarbeits-Büro (GWA-Büro), sowie Frau Groneberg, Mitarbeiterin Esch-O Betrieb, Eschweiler-Ost stellen in einem Vortrag den aktuellen Stand des Projektes in Bezug auf die Aktivierung der Bürger und Institutionen vor. Der Kooperation der Verwaltung mit den beiden Büros wurde bereits mit Beschluss über die Prozessstruktur durch den Stadtrat in der Sitzung vom 24.03.2004 einstimmig zugestimmt.
Die Wohnquartiersbezogene Aktivierung im Stadtteil Eschweiler-Ost mit Aufbau von Bewohnerorganisationen, als Vertreter der Bürger des Stadtteils, sowie der Aufbau und die Koordination eines Netzwerkes der Institutionen wurde in 2004 begonnen und ist auf einen Zeitraum von fünf Jahren projektiert worden. Als Leitziel wird eine nachhaltige und umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil Eschweiler-Ost angestrebt.

Frau Kammann stellt in ihrem Bericht den Aufbau der Bewohnerorganisationen anhand eines Stufenmodells der Arbeits- und Entwicklungsschritte vor, das als Anlage diesem Protokoll beigefügt ist. Bezüglich der Auswahl der Quartiere für die Aktivierung wurde einerseits das Quartier „Maas-/, Weser-/, Ost-/ und Moselstraße" und andererseits das Quartier „Bergmannssiedlung" ausgewählt, in denen der Veränderungsbedarf, sowie vorhandene Ressourcen ermittelt werden.
Nachfragen der Ausschussmitglieder bezüglich einer repräsentativen Beteiligung der Bewohner, sowie der Integration ausländischer Bewohner, insbesondere muslimischer Frauen, können bestätigt werden.
Frau Groneberg stellt die Form der Beteiligung von Institutionen, wie Gewerbe, Vereine, Verbände, Kirchen, Schulen, etc., und die drei ermittelten Handlungsschwerpunkte im Rahmen des Gesamtkonzeptes vor, die nach Einbeziehung von 35 Institutionen Priorität besitzen. Eine Darstellung der drei Handlungsschwerpunkte der Institutionen ist als Anlage beigefügt. Als Projekte

der Institutionen wird ein Dolmetscherteam im Rahmen eines Mikroprojektes LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) gefördert, sowie das Kennen lernen untereinander durch einen Wegweiser über die Institutionen in Eschweiler-Ost vereinfacht.
Frau Trienekens gibt abschließend noch einen Ausblick auf die Errichtung einer Bürgerbegegnungsstätte, die nach der Entscheidung des Stadtrates in 2002 an der Oststraße mit Öffnung zur Moselstraße entstehen wird. Hier ist die Bildung eines Nutzungs-, sowie eines Trägerkonzeptes über die unmittelbare Beteiligung von Bewohnern und Vertretern der Institutionen erforderlich, um die Fördermittel in Anspruch nehmen zu können. Für 2005 wurden Fördermittel in Höhe von 700.000,00 € bereitgestellt. Beantragt wurden Fördermittel für den Straßenbau in der Eduard-Mörike-Siedlung und Mittel für die Bürgeraktivierung, das Stadtteilmanagement, sowie die Projektorganisation. Bewilligungen hierfür stehen noch aus. Im nächsten Schritt sind die Planung und Antragsstellung für die Neugestaltung des Schulhofes der Eduard-Mörike-Schule vorgesehen.

Nachdem Frau Zollorsch die Beachtung der Barrierefreiheit für ältere und behinderte Menschen bei der Sanierung der Wohnungen einfordert, wird der Dank für den umfassenden Vortrag und eine erneute Einladung zur Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses in einem halben Jahr ausgesprochen.

Zu Punkt A 4) der Tagesordnung

Bericht über die Erfahrungen und die Aufgabenerfüllung der Pflegeberatungsstelle im Kreis Aachen für das Jahr 2004

Der Erfahrungsbericht 2004 der Pflegeberatungsstelle in Trägerschaft der Verbraucher-Zentrale NRW wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ratsmitglied Löhmann in der Funktion als Mitarbeiter der Verbraucher-Zentrale NRW teilt mit, dass in der nächsten Sitzung die Vorstellung des Demenz-Servicezentrums der Verbraucherzentrale NRW erfolgen wird und in diesem Zusammenhang auch Fragen, u.a. ob sich für Migranten besondere Fragen bezüglich Leistungen bei Pflegebedürftigkeit ergeben, zum Jahresbericht der Pflegeberatungsstelle für das Jahr 2004 gestellt werden können.

Zu Punkt A 5) der Tagesordnung

Landesseniorenkonferenz NRW
hier: Mündlicher Bericht durch Herrn Becker

Herr Becker, Sachkundiger Einwohner, berichtet über die Sitzung der Landesseniorenvertretung (LSV) NRW in Kamen. Folgende Anträge, die in der Sitzung besprochen wurden, werden herausgestellt:

- Bezüglich der im Rahmen der Hartz IV-Reform eingeführten so genannten „1 €-Jobs" wird beantragt, dass Personen nicht im Pflegebereich eingesetzt

werden, da die Gefahr des Ersatzes von Langzeitbeschäftigten hierdurch bestehen könnte. Herr Becker bekräftigte dies mit dem Hinweis, dass in einem Eschweiler Pflegeheim bereits eine Langzeitbeschäftigte durch zwei Kräfte auf Basis des „1 €-Jobs" ersetzt wurde.

- Die Umlage zur Finanzierung der Umschulung von Altenpflegeschülern soll wieder eingeführt werden. Diese ist in 2005 gestrichen worden, aber weiterhin notwendig.

- Die Einführung von Fachleistungspauschalen für Krankenhäuser sollte in Hinblick auf die Leistungen bezüglich älterer Menschen überprüft werden. Es werden zwar die Krankenhäuser bezüglich der Geeignetheit der Einführung von Fachleistungspauschalen befragt, jedoch nicht Patienten und Ärzte.

- Zur Gesundheitsförderung älterer Menschen wird mitgeteilt, dass Seniorensportlehrer/-innen vom Land unter Einbeziehung von Sportvereinen ausgebildet werden. Zusätzlich werden auch Schulungen mit dem Computer für ältere Menschen angeboten.

Frau Zollorsch bedankt sich bei Herrn Becker und kündigt an, für die nächste Sitzung die Vorsitzende des LSV, Frau Dr. Renn, nach dem Sachstand der Anträge zu befragen, sowie sich nach der stationären Pflegeeinrichtung zu erkundigen, in der die Langzeitbeschäftigte gegen zwei Kräfte auf Basis des „1 €-Job" offensichtlich ersetzt worden ist.

Zu Punkt A 6) der Tagesordnung

Gegensteuerungsstrategien zur Missbrauchsproblematik in der Sozialhilfe;
Jahresbericht des zentralen Ermittlungsdienstes des Sozialamtes für das Jahr 2004

Ergänzend zur Vorlage erkundigt sich die Vorsitzende wie die Funktion des Ermittlungsdienstes im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft (ArGe) sein wird. Herr Graaf teilt diesbezüglich mit, dass der Ermittlungsdienst im Stellenplan der ArGe vorgesehen ist, die Tätigkeit der gesamt zwei Mitarbeiter aus Stadt Eschweiler und Stadt Stolberg aber auf die gesamte Kreisebene ausgeweitet werden wird.
Die Anfrage des Ratsmitglied Weißhaupt, ob ein Ermittlungsdienst aktuell nur im Bereich der Stadt Eschweiler und der Stadt Stolberg besteht, bestätigt Herr Graaf mit dem Hinweis, dass in anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden Ermittlungen im Rahmen allgemeiner Hausbesuche zur Überprüfung mit übernommen werden.

Der Sozial- und Seniorenausschuss nimmt den Jahresbericht des zentralen Ermittlungsdienstes des Sozialamtes für das Jahr 2004 einstimmig zur Kenntnis.

Zu Punkt A 7) der Tagesordnung

Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch Zweites Buch - SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende);
hier: Mündlicher Sachstandsbericht

Zur kurzfristig eingereichten Vorlage berichtet Herr Graaf, dass die Kernforderungen des aus Sicht der Bürgermeister erforderlichen dringenden Nachbesserungsbedarfes zum Gründungsvertrag durch die Bundesagentur für Arbeit, Aachen nach Klärung im Erörterungstermin am 27.04.2005 angenommen werden. Der Kreisausschuss hat danach in der Sitzung am 28.04.2005 einstimmig der Beschlussvorlage zugestimmt und den Abschluss des Vertrages unter der Voraussetzung empfohlen, dass die Personalkostendeckelung einstimmig durch die kreisangehörigen Kommunen akzeptiert wird.

Die Frage des Ratsmitglieds Willms nach der Lage der vier Hauptzentren der Arbeitsgemeinschaft beantwortet Herrn Graaf mit den Städten Eschweiler, Stolberg, Alsdorf und Monschau.
Die Personalkostenerstattung wird in Höhe von 800.000,00 € bis 900.000,00 € im Haushalt veranschlagt. Der Personalkörper der Arbeitsgemeinschaft wird insgesamt 201,25 Stellen umfassen. Für den Bereich der Stadt Eschweiler werden insgesamt 25 Stellen benötigt. Das Organigramm bezüglich des Stellenplanes der Arbeitsgemeinschaft mit Stand vom 28.04.2005 ist als Anlage beigefügt. Der Bereich Hilfe zur Arbeit des Sozialamtes wird bei der Bundesagentur für Arbeit, Eschweiler angesiedelt werden.

Frau Zollorsch wünscht an dieser Stelle zur Durchführung der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft viel Erfolg, was durch die Mitglieder des Sozial- und Seniorenausschusses unterstützt wird. Durch Ratsmitglied Krauthausen wird die notwendige Schulung der Mitarbeiter zusätzlich herausgestellt.

Die Anfrage des Herrn Pinhammer, Sachkundige Einwohner, wann eine bessere Situation zu erwarten sei, wird von Herrn Graaf dahingehend beantwortet, dass grundsätzlich die Hartz IV-Reform keine weiteren Arbeitsplätze für Arbeitssuchende schafft. Ziel ist daher eine bessere Betreuung aus einer Hand und folglich eine bessere Arbeitsintegration der Klienten. Unabdingbar ist zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation aber ein gesamtwirtschaftlicher Aufschwung. Kurzfristig werden klare Verantwortungszuständigkeiten der Bundesagentur für Arbeit oder der Kommunen benötigt.
Eine Alternative zur Arbeitsgemeinschaft gibt es aber nicht. Eine Teilung der Zuständigkeiten der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen wäre für die Klienten mit Nachteilen behaftet.

Der Sozial- und Seniorenausschuss nimmt die Inhalte, sowie Vertragsentwürfe der als Anlage der Vorlage beigefügten Drucksachen-Nr. 123/2005 der Beschlussvorlage des Kreises Aachen vom 21.04.2005 einstimmig zur Kenntnis.

Zu Punkt A 8) der Tagesordnung

Anfragen und Mitteilungen

**A 8.1 Vorstellung der Thematik „Dezentrales Wohnen", sowie der Kommunikations-, Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit geistiger bzw. mehrfacher Behinderung für Stadt und Kreis Aachen,
Mündlicher Bericht Frau Teeuwen, Caritas Lebenswelten GmbH, Aachen, sowie Frau Uphues, Beratungsstelle**

Frau Teeuwen teilt mit, dass die Hilfe zum ambulant betreuten Wohnen von insbesondere geistig und mehrfach behinderten Menschen gegenüber teilstationären und stationären Wohnformen stetig an Bedeutung gewinnt. Als Beispiel ist hier der Umbau des Behindertenwohnheimes, Odilienstraße zu nennen, da hier Wohntrainingsgruppen, Außenwohngruppen, sowie Betreutes Wohnen in Einzelwohnungen für Betroffene entstehen, deren Wohnform sich analog zu ihrer jeweiligen Entwicklung verändert.
Frau Uphues teilt weiter mit, dass zur Schaffung eines Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebot für insbesondere geistig behinderte Menschen eine Stelle mit Sitz im Gesundheitsamt des Kreises Aachen, Steinstraße 87 in Eschweiler geschaffen wurde. Es erfolgt eine Beratung über Hilfsmöglichkeiten im Bereich von Wohnen, Arbeit, Freizeit und Betreuung. Für Stadt und Kreis Aachen sind diesbezüglich 3,7 Stellen eingerichtet worden.
Ratsmitglied Weißhaupt erkundigt sich anschließend nach ortsnahen Angeboten, was von Frau Uphues dahingehend beantwortet wird, dass ein offener Treff für geistig behinderte Menschen im Pastor-Zohren-Haus, Eschweiler entstehen soll. Durch Frau Kaleß, Sachkundige Einwohner, wird angeregt, dass ebenfalls eine Vorstellung der Thematik im Arbeitskreis Soziale Dienste erfolgen sollte.
Informationsunterlagen über die verschiedenen Wohnformen, die die Caritas Lebenswelten behinderten Menschen ermöglich kann, werden zum Abschluss des Berichtes ausgelegt.

Durch Frau Kaleß werden weitere zwei Fragen eingebracht. Fraglich ist danach, ob durch die Umstrukturierung im Rathaus einige Themen nicht mehr im Sozial- und Seniorenausschuss beraten werden. So sind einerseits Themen zur Asylproblematik und andererseits eine neue Verteilung der Agenda-Mittel nicht mehr besprochen worden.
Herr Graaf erläutert hierzu, dass vorgenannte Thematiken für die nächste Sitzung vorbereitet werden können, sofern hier ein Klärungsbedarf besteht. Zur Asylproblematik wird in Aussicht gestellt, dass der Abteilungsleiter, Herr Rombach, an der nächsten Sitzung teilnehmen wird. Zu den Agenda-Mitteln wird erklärt, dass diese von bisher 15.000,00 € auf nunmehr weniger als 6.000,00 € verringert worden sind. Die Verteilung dieser Mittel ist zwar grundsätzlich Sache der Verwaltung, jedoch wäre auch eine politische Klärung der Verteilung möglich.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19.50 Uhr beendet.

Eschweiler-Ost
wohnquartiersbezogene Aktivierung/Aufbau von Bewohnerorganisationen

Arbeits- und Entwicklungsschritte

1. Stufe

Voruntersuchung des Stadtteils Eschweiler-Ost

- Was sind zusammenhängende Wohnquartiere?
- Welche Kommunikations- und Meinungsbildungsstrukturen existieren?
- Welche Zugänge können genutzt werden?

2. Stufe

Auswahl der Quartiere für die Aktivierung

- in Abstimmung mit dem Stadtteilmanagement, der Projektleitung und der internen Projektgruppe der Stadtverwaltung

3. Stufe

Start der Aktivierung

- je nach Quartier mit unterschiedlichen Methoden, z.B. Aktivierende Befragung oder Planaktion
- Ermittlung des Veränderungsbedarfs und der Aktivierungspotentiale (Ressourcen und Eigenkräfte der Bewohnerschaft)

4. Stufe

Bildung von Vorbereitungsgruppen

Durchführung von Bewohnerversammlungen

- Vorstellung der Ergebnisse der Aktivierenden Befragung, Planaktion ...
- Verständigung über gemeinsame Ziele/Planung der weiteren Schritte
- Aufstellung von Bewohnerprogrammen
- Verteilung der Aufgaben/ Klärung der Verantwortlichkeiten: Bildung von Arbeitsgruppen
- Planung der weiteren Schritte/Absprachen über weitere Zusammenarbeit

- Begleitung/Beratung der Arbeitsgruppen/Aufbau von Aktionskernen
- Entwicklung neuer Kooperationsstrukturen auf Bewohnerebene
- Durchführung von Aktionen und Projekten aus den Bewohnerprogrammen
- Aufbau angemessener Organisationsformen (= Bewohnerorganisationen)
- Weiterentwicklung der Bürgerprogramme und Abstimmung auf Stadtteilebene/Integration in Stadtteilprogramm
- Vernetzung der Aktivitäten/ Integrationsprozess Quartiere-Stadtteil-Gesamtstadt

Anlage 1

Priorität: Drei Handlungsschwerpunkte der Institutionen

I. Förderung von Kindern und Jugendlichen

Erste konkrete Ideen zur Weiterarbeit

- Quartiersbezogene Begleitung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen über die Angebote der Institutionen hinaus
- Frühzeitige Beachtung der Belange von Kindern unter 10 Jahren
- Sozialpädagogische Familienhilfe in den Stadtteil holen
- verstärkte mobile Jugendarbeit im Quartier
- Engere Kooperation- Schulsozialarbeit umliegender Schulen
- Längerfristige Betreuung und Begleitung von Aktionen, Angeboten...
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch Einbeziehung in Entscheidungen, Planungen etc.

II. Begegnungsstellen und „Kulturelle Treffpunkte" in Verbindung mit „Zusammenleben der Kulturen"

Erste konkrete Ideen zur Weiterarbeit

- Begegnungsstelle muss alt und jung, alle Nationalitäten sowie Institutionen und Einzelpersonen verbinden
- Wünsche u. Bedarfe im Stadtteil beachten - Institutionen und Einzelpersonen in die Planungen einbeziehen
- Stelle zum „kulturellen Lernen" schaffen
- Institutionen und Einzelpersonen Möglichkeiten geben, Räume für Veranstaltungen, Feste etc. zu mieten
- Beratungs- und Anlaufstelle etc. für BürgerInnen und Institutionen
- Deutsche und ausländische Vereine verbinden
- Hilfe zur sprachlichen Verständigung z.B. Dolmetscher
- Austausch, Information und Zusammenwachsen der Religionen

III. Beschäftigungsförderung

Erste konkrete Ideen zur Weiterarbeit

- Gezielt bei den Jugendlichen beginnen
- In den Stadtteil hineingehen – konkrete Ansprachen
- Verstärkte Kooperation bestehender Institutionen
- Zusammenarbeit mit örtlichen Firmen ausbauen
- Akquirieren von Praktikumsplätzen, Lehrstellen
- Netzwerk Beschäftigungsförderung aller Institutionen

Die genannten Kooperationswünsche, Methodenwünsche, Handlungsschwierigkeiten und Handlungspotentiale der Institutionen werden im Juli durch die Gesamtauswertung dargestellt.

Stand: 28.04.2005

Zentrale	Geschäftsführer	Sekretariat/Assistenz	Finanzen/Controlling/ Personal	SGG/ Recht	EDV	Summe
	1,0	3,0	3,0	4,0	1,0	**12,0**

Fallmanagement/Leistungsgewährung				Integration		
Fach-bereichs-leiter FM	Owi/ Ermittlungs-dienst	Unterhalt	Summe	stv. Geschäftsführer	Zentralbereich Integration/ Eingliederungsbudget	Summe
1,0	3,0	2,5	**6,5**	1,0	4,0	**5,0**

	Teamleiter	FM > 24	SB > 24	Summe	Teamleitung	U25 (Leistung und Integration)	Arbeits-gelegen-heiten	Arbeits-vermittlung	Eingangs-zone	Summe Integration
Alsdorf	1,5	14,0	7,0	22,5	1,0	8,0	2,5	1,5	2,5	15,5
Baesweiler	0,5	5,5	2,5	8,5						
Herzogenrath	1,0	10,5	5,0	16,5	1,0	8,0	2,5	1,5	2,5	15,5
Würselen	1,0	8,5	4,0	13,5						
Eschweiler	2,0	15,5	7,5	25,0	1,0	7,5	2,0	1,0	2,0	13,5
Stolberg	2,5	16,0	8,0	26,5	1,0	7,0	2,0	1,5	2,0	13,5
Monschau	Teamleitung in Stolberg	2,0		2,0			1,0		0,25	1,25
Roetgen		1,0		1,0						
Simmerath		3,0		3,0						
Summe	8,5	76,0	34,0	**118,5**	4,0	30,5	10,0	5,5	9,25	**59,25**

Stellen Geschäftsführung Zentrale	12,00
Stellen Fallmanagement/Leistung Zentrale	6,50
Stellen Fallmanagement/Leistung Außenstellen	118,50
Stellen Integration Zentrale	5,00
Stellen Integration Außenstellen	59,25
Stellen gesamt	**201,25**

Anlage 2